



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

BFW-PRESSEMITTEILUNG

Sinkende Baugenehmigungszahlen: BFW fordert Entschlackung der Bauvorschriften

Berlin, 17.05.2018. „Die sinkenden Baugenehmigungszahlen des ersten Quartals zeugen von den Versäumnissen der Politik aus den vergangenen Jahren. So haben sich die politischen Rahmenbedingungen laut 60 Prozent unserer befragten Mitgliedsunternehmen im letzten Jahr weiter verschlechtert“, kommentierte BFW-Präsident Andreas Ibel die heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Baugenehmigungszahlen des ersten Quartals 2018. „Die Immobilienbranche benötigt Planungssicherheit, um Investitionen in den Neubau vornehmen zu können. Das geht nur, wenn die Vorschriften an die Immobilienwirtschaft von Bund, Ländern und Kommunen nicht permanent verschärft werden!“

Von Januar bis März 2018 wurde in Deutschland der Bau von insgesamt 77 800 Wohnungen genehmigt. Das sind 1,7% weniger als im Vorjahreszeitraum. Damit setzt sich der Rückgang bei den Baugenehmigungen vom vergangenen Jahr fort.

Die größten Investitionshürden für den Wohnungsneubau sind die administrativen und bauordnungsrechtlichen Hindernisse sowie der Mangel an Baugrundstücken und Fachkräften. So lauten die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage unter den 1.600 BFW-Mitgliedsunternehmen, die für rund 50 Prozent des Wohnungsneubaus in Deutschland verantwortlich sind. Auf dieser Grundlage prognostiziert der BFW-Neubauradar nach einem kurzen Anstieg einen Rückgang der Baufertigstellungszahlen auf 250.000 Wohneinheiten, wenn entsprechende Impulse der Politik weiterhin ausbleiben sollten. Das im Koalitionsvertrag festgelegte Ziel der Bundesregierung ist der Neubau von jährlich 375.000 Wohnungen.

Es gebe jedoch positive Zeichen, dass jetzt die notwendigen Reformen unter dem neuen Bundesbauminister Horst Seehofer angepackt werden, sagte Ibel und verwies auf die Sitzung des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen am 4. Mai: „Neben dem Baukindergeld und der angekündigten Sonderabschreibung ist es von zentraler Bedeutung, dass jetzt die Maßnahmen der Baukostensenkungskommission umgesetzt werden.“ Dies hatte Seehofer im Bündnis-Treffen in Aussicht gestellt. Ibel: „Dabei geht es uns darum, Kostentreiber zu identifizieren, zu beseitigen und Widersprüche aufzulösen. Die Bauvorschriften müssen ent-

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

schlackt und Bauen wieder einfacher, schneller und kostengünstiger werden. Nur so können wir ausreichend bezahlbaren Wohnraum für allem Menschen schaffen!“

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.